

A. DSGVO

1. Erfahrungsbericht der EU-Kommission zur DSGVO

Die EU-Kommission hat den (positiven) Erfahrungsbericht zur DSGVO vorgelegt (https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/1_en_act_part1_v6_1.pdf).

2. Arbeitsaufwand Datenschutz

Mitunter ist es sowohl für interne wie auch externe Datenschutzbeauftragte schwer, den Arbeitsaufwand gegenüber Auftraggebern resp. Vorgesetzten darzustellen. Daher wird in der Darstellung versucht, den Arbeitsaufwand einmal darzustellen. Das Papier kann auch politisch verwendet werden, um Kostenträgern oder politischen Entscheidern darzustellen, dass Datenschutz und IT-Sicherheit nicht kostenlos zu haben sind (https://www.gesundheitsdatenschutz.org/html/arbeitsaufwand_gesundheitsdatenschutz.php).

3. Checkliste: Datenschutzrechtliche Regeln im Home-Office

Das BayLDA hat Best-Practice-Prüfkriterien für ein datenschutzkonformes Arbeiten im Home-Office veröffentlicht: https://www.lida.bayern.de/media/best_practise_homeoffice_baylda.pdf.

4. Datenschutz grundsätzlich für alle erläutert – mit schwäbischem Zungenschlag

Unter dem Link <https://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de/wp-content/uploads/2020/05/Allgemeine-Datenschutz-Schulung-2020-05.mp4> findet sich eine 25-minütige Video-Erläuterungen zum datenschutzrechtlichen Grundwissen – insbesondere auch für Mitarbeitende im Unternehmen.

5. Bis auf weiteres ... in Hamburg keine Bußgelder

Der HfDI hat auf seiner Webseite <https://datenschutz-hamburg.de/pages/corona-faq> unter „Auswirkungen der Pandemie auf die Datenschutzaufsicht/Bußgeldverfahren“ einen Verzicht auf Bußgelder angekündigt: *„In laufenden Bußgeldverfahren werden derzeit bis auf weiteres keine Bußgeldbescheide erlassen, um die Unternehmen und Gewerbetreibende im gegenwärtigen Anpassungsprozess an die zahlreichen Veränderungen der Corona-Krise zu entlasten.“*

6. Bußgelder

Auf der Webseite <https://www.enforcementtracker.com/> werden nach wie vor die in Europa verhängten Bußgelder aufgelistet ...

7. EDSA aktualisiert Leitlinien zur Einwilligung bei Internetseiten (Cookie-Einwilligung)

Der Europäische Datenschutzausschuss (EDSA) hat am 5. Mai die Leitlinien zur Einwilligung in die Nutzung von Internetseiten aktualisiert. Der EDSA stellt klar, dass der Zugang zu einem Web-Service nicht abhängig von der Erlaubnis in das Setzen von sogenannten Cookies sein darf. Auch die bloße Weiternutzung einer

Seite wird nicht als wirksame Einwilligung angesehen (https://www.bfdi.bund.de/DE/Infothek/Pressemitteilungen/2020/10_Leitlinien-Einwilligung-Internet-aktualisiert.html;jsessionid=A2F8D48E179662DADB54539855FE5498.1_cid344).

8. EU-Kommission bereitet Scheitern von Privacy Shield vor

Die EU-Kommission bereitet sich auf das Scheitern des Privacy Shields vor. Der Hintergrund ist ein im Sommer zu erwartendes Urteil des EuGH auf eine Klage des Datenschutzaktivisten Max Schrems (<https://netzpolitik.org/2020/eu-kommission-bereitet-scheitern-von-privacy-shield-vor/>).

9. Verbandsklagerecht zur Prüfung an den EuGH

Der BGH hat dem EuGH die Frage zur Entscheidung vorgelegt, ob die DSGVO als abschließend, datenschutzrechtliche Regelung zu werten ist und damit ein Verbandsklagerecht ausgeschlossen ist oder ob dies nicht der Fall ist (<https://www.bundesgerichtshof.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020/2020066.html>).

10. Datenschutz Cockpit

In IT-Systemen fehlt regelhaft eine Möglichkeit schnell einen Überblick zu Fragen des Datenschutzes zu erhalten. Diese Praxishilfe enthält einen Anforderungskatalog, aus dem Hersteller von IT-Systemen ein Pflichtenheft ableiten und so entsprechende Funktionalitäten in ihre Systeme einbauen können (<https://www.gesundheitsdatenschutz.org/html/datenschutzcockpit.php>).

11. Formerfordernis von AV-Verträgen im 48. Tätigkeitsbericht Hessen

Der Hessische Datenschutzbeauftragte hat seinen 48. Tätigkeitsbericht veröffentlicht (https://datenschutz.hessen.de/sites/datenschutz.hessen.de/files/2019_48_TB.pdf). Dort interessant: es werden keine hohen Anforderungen an das Formerfordernis von Zusatzverträgen zur Auftragsverarbeitung gestellt. Diese müssen nicht unterschrieben sein. Der Abschluss ist nachzuweisen.

12. Erhebung von Kontaktdaten: Informationen und Vordrucke (Schleswig-Holstein)

Unter <https://www.datenschutzzentrum.de/artikel/1331-Erhebung-von-Kontaktdaten-Informationen-und-Vordrucke.html> informiert die Datenschutz-Aufsichtsbehörde in Schleswig-Holstein (ULD) über die neue die Corona-Bekämpfungsverordnung und stellt Muster (Formular mit zu erhebenden Daten sowie Informationstext gemäß Art. 13 DSGVO) zur Verfügung.

13. Broschüre Sozialdatenschutz

Der BfDI hat eine Broschüre zum Sozialdatenschutz aufgelegt (<https://www.bfdi.bund.de/Shared-Docs/Publikationen/Infobroschueren/INFO3.html?nn=5217204>).

14. Datenschutzfolgenabschätzung

Das Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung hat eine 70-seitige Publikation zur Datenschutzfolgenabschätzung vorgelegt (http://publica.fraunhofer.de/eprints/urn_nbn_de_0011-n-5863941.pdf). Leider ist die Darstellung wieder nur eine theoretische Darstellung, wie eine Datenschutzfolgenabschätzung aussehen soll. Eine konkrete Umsetzungshilfe fehlt.

15. Datenschutzfolgenabschätzung Corona-Warn-App

Für die Corona-Warn-App wurde eine Datenschutzfolgenabschätzung veröffentlicht (<https://www.coronawarn.app/assets/documents/cwa-datenschutz-folgenabschaetzung.pdf>).

B. Urteile und Beschlüsse von Gerichten

1. Voreingestellt Cookie-Einwilligung nicht rechtskonform

Mit dem erwarteten Urteil vom 28.05.2020, Az.: I ZR 7/16 hat der BGH das Urteil des EuGH (Az.: C-673/17) aufgenommen und voreingestellte Einwilligungen in Cookie-Verwendung bei einem Webseitenbesuch zurückgewiesen. Nun ist unzweideutig klar: Cookies bedürfen einer aktiven Zustimmung (sieht man technisch notwendigen Cookies ab, zum Beispiel im Rahmen des Einkaufsvorgangs in einem Shop).

WAS IST JETZT ZU TUN?

- Prüfen Sie, welche Cookies oder sonstigen Tracking-Funktionen in Ihren Internetseiten und Apps aktiv sind.
- Entscheiden Sie für jede Tracking-Funktion, ob Sie die wirklich nutzen bzw. benötigen.
- Das gilt auch für integrierte Tools wie Video-Player, die eigenständig Tracking-Funktionen starten.
- Sollten Sie nach Durchsicht und ggf. Überarbeitung Ihrer Digitalangebote noch mindestens einen Cookie haben, der nicht in die Gruppe der essentiellen Cookies fällt, stellen Sie sicher, dass Sie in rechtssicherer Weise Zustimmung der Betroffenen einholen.
- Rechtssichere Zustimmung setzt zum einen technisch einen Cookie-Consent-Manager voraus und zum anderen eine ausreichend transparente DS-Information.
- Soweit Sie Dienstleister in das Tracking einbinden, lassen Sie sich genau erklären, was die mit den erhobenen Daten machen. Nur so können Sie selbst eine ausreichend transparente Datenschutz-Info anbieten.

2. Formwirksame Übermittlung ohne qualifizierte elektronische Signatur

Für die formwirksame Übermittlung eines elektronischen Dokuments auf einem sicheren Übermittlungsweg (Ende-zu-Ende-Verschlüsselung) (hier gemäß § 55a Abs. 3 Alt. 2 i.V.m. Abs. 4 Nr. 3 VwGO) bedarf es keiner qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person, so das BVerwG mit Beschluss vom 04.05.2020, Az.: 1 B 16.20.

3. Rechtmäßigkeit von Äußerungen auf Ärzte-Bewertungsportalen

Das OLG Frankfurt/M. hat mit Urteil vom 9.4.2020, Az.: 16 U 218/18 entschieden, dass Veröffentlichungen auf einem Ärztebewertungsportal eine von der Rechtsordnung gebilligte und gesellschaftlich erwünschte Funktion entfalten, sofern sich das Portal als neutraler Informationsvermittler darstellt. Nutzerbewertungen in Form von Meinungsäußerungen sind dann von der Ärzteschaft hinzunehmen, wenn sie auf einer Tatsachengrundlage beruhen und die Grenze zur Schmähkritik nicht überschreiten.

4. Recht auf Vergessenwerden gegen Suchmaschinenbetreiber

Das Recht auf „Vergessenwerden“ bestimmt sich ausschließlich nach Art. 17 DSGVO. Ein Rückgriff auf das Allgemeine Persönlichkeitsrecht scheidet aus, so das OLG Karlsruhe vom 10.06.2020, Az.: 6 U 129/18.

5. 500 € Streitwert für DSGVO-Auskunftsanspruch

Das LAG Nürnberg hat mit Beschluss vom 28.05.2020, Az.: 2 Ta 76/20 den Streitwert eines datenschutzrechtlichen Auskunftsanspruchs auf 500 € festgelegt.

6. Kein Auskunftsanspruch bei unverhältnismäßigem Aufwand

Das LG Heidelberg hat mit Urteil vom 06.02.2020, Az.: 4 O 6/19 einen Auskunftsanspruch abgelehnt, wenn der dafür zu erbringende Aufwand unverhältnismäßig ist. Besonderheit war ein laufendes Insolvenzverfahren des Auskunftspflichtigen und die Auslagerung der Datensicherungsbestände an einen Dritten.

7. Erforderliches Fachwissen des Datenschutzbeauftragten

Das LAG Rostock hat mit Urteil vom 25.02.2020, Az.: 5 Sa 108/19 unter anderem zur Erforderlichkeit des Fachwissens des Datenschutzbeauftragten Stellung bezogen: *„Das Gesetz knüpft die Tätigkeit des Datenschutzbeauftragten nicht an eine bestimmte Ausbildung oder näher bezeichnete Fachkenntnisse. Welche Sachkunde hierfür erforderlich ist, richtet sich insbesondere nach der Größe der zu betreuenden Organisationseinheit, dem Umfang der anfallenden Datenverarbeitungsvorgänge, den eingesetzten IT-Verfahren, dem Typus der anfallenden Daten usw. Regelmäßig sind Kenntnisse des Datenschutzrechts, zur Technik der Datenverarbeitung und zu den betrieblichen Abläufen erforderlich (...). ... Verfügt der Datenschutzbeauftragte nur in einem Teilbereich über eine eigene Qualifikation, genügt es, wenn er im Übrigen auf fachkundige Mitarbeiter zurückgreifen kann (...). Des Weiteren sind Fortbildungen zu den neuen technischen Entwicklungen und Gesetzesänderungen bzw. Entwicklungen in der Rechtsprechung unerlässlich (...).“*

8. Nationaler Kündigungs- und Abberufungsschutz für Datenschutzbeauftragte

Ein nationaler Kündigungs- und Abberufungsschutz für Datenschutzbeauftragte mit Art. 38 Abs. 3 S. 2 DSGVO vereinbar, so das LAG Nürnberg im Urteil vom 19.02.2020, Az.: 2 Sa 274/19.

9. Exzessiver Privatnutzung von Internet legitimiert außerordentliche Kündigung

„Die private Nutzung von Internet und E-Mail am Dienst-PC trotz entsprechendes Verbots während der Arbeitszeit rechtfertigt jedenfalls dann eine fristlose Kündigung, wenn der Arbeitnehmer sowohl an mehreren Tagen durchgehend und als auch über Monate hinweg regelmäßig URL-Aufrufe und E-Mails zu privaten Zwecken getätigt hat. Dies gilt um so mehr, wenn zwischen den einzelnen URL-Aufrufen ein Zeitraum von weniger als ein bis zwei Minuten liegt, denn dazwischen kann keine Arbeitsleistung erbracht worden sein“, so das LAG Köln, Urteil vom 07.02.2020, Az.: 4 SA 329/19

10. Keine Videoüberwachung zur Einhaltung von Corona-Abstandsregeln

Das ArbG Wesel hat mit Beschluss vom 24.04.2020, Az.: 2 BVGa 4/20 Videoaufnahmen für eine automatisierten Corona-Abstandsmessung eine Absage erteilt.

11. Form und Ort einer Akteneinsicht

Form und Ort einer Akteneinsicht im Bereich der Finanzämter richten sich nach der Finanzgerichtsordnung, nicht nach der DSGVO. Daher gibt es keinen Rechtsanspruch auf Übersendung von Akten, sondern nur Einsicht in den Räumen eines Gerichts oder einer Behörde, so das FG Stuttgart mit Beschluss vom 17.12.2019, Az.: 2 K 770/17.

12. Nur Anspruch auf ermessensfehlerfreies Einschreiten

Das VG Mainz hat mit Urteil vom 16.01.2020, Az.: 1 K 129/19.MZ nur einen DSGVO-Anspruch gegen die Datenschutzbehörde auf ein ermessensfehlerfreies Einschreiten, nicht aber einen Anspruch auf ein bestimmtes Einschreiten ausgesprochen.

13. Kein DSGVO-Anspruch auf Einschreiten einer Datenschutzbehörde

Das VG Ansbach hat mit Urteil vom 16.03.2020, Az.: AN 14 K 19.00464 eine Klage auf Erlass eines Bußgeldes zurückgewiesen, nachdem es den Sachverhalt anders als der Kläger sah. Grundsätzlich besteht kein datenschutzrechtlicher Anspruch auf ein bestimmtes Einschreiten einer Behörde. Anders wäre dies nur dann, wenn das Ermessen auf Null reduziert ist.

14. Fristlose Kündigung wegen umfangreicher Privatnutzung rechtmäßig

Das LAG Köln hat mit Urteil vom 07.02.2020, Az.: a SA 329/19 die Rechtmäßigkeit einer fristlosen Kündigung aufgrund umfangreicher Privatnutzung des Internet-Zugangs und des Email-Accounts eines Arbeitnehmers während der Arbeitszeit bestätigt.

15. Legal Tech: Vertragsgenerator kein Verstoß gegen Rechtsdienstleistungsgesetz

Das OLG Köln hat mit Urteil vom 19.06.2020, Az.: 6 U 263/19 entschieden, dass ein Computerprogramm zur Erstellung von Rechtsdokumenten nicht gegen das Rechtsdienstleistungsgesetz verstößt. Streng logisch ablaufende und zu immer den gleichen eindeutigen Ergebnissen führende Verfahren seien daher

auch nicht als objektive Rechtsprüfung im Rahmen einer juristischen Subsumtion zu bewerten. Die Kunden, die das Programm benutzten, handelten schließlich nicht in "fremder" Angelegenheit, sondern in eigener Sache. Jedem, der das Programm tatsächlich benutze, sei klar, dass er bei der Auswahl der Optionen keinen Rechtsrat erhalte, sondern in eigener Verantwortung einen Lebenssachverhalt in ein vorgegebenes Raster einfüge, während im Hintergrund ein rein schematischer Ja-Nein-Code ausgeführt werde.

C. Sonstiges

1. Home-Office – Best Practice

Das BayLDA hat eine umfangreiche Checkliste „Best-Practice-Prüfkriterien“ zum datenschutzkonformen Arbeiten im Home Office bereitgestellt (https://www.lda.bayern.de/media/best_practise_home-office_baylda.pdf).

2. Erstellung eines IT-Grundschutz-Profiles für Rettungsleitstellen

Das BSI hat eine Masterarbeit „Erstellung eines IT-Grundschutz-Profiles für Rettungsleitstellen“ veröffentlicht (https://www.bsi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BSI/Grundschutz/Hilfsmittel/Extern/Diplomarbeiten/IT_Grundschutz_Profiles_Rettungsleitstellen.pdf?__blob=publicationFile&v=4).

3. Checkliste Cybersicherheitsmaßnahmen für medizinische Einrichtungen

Das BayLDA hat eine Checkliste Cybersicherheitsmaßnahmen für medizinische Einrichtungen veröffentlicht (https://www.lda.bayern.de/media/best_practice_cybersicherheit_medizin_baylda.pdf).

4. Orientierungshilfe Email

Die DSK hat eine Orientierungshilfe Email veröffentlicht (https://www.datenschutzkonferenz-online.de/media/oh/20200526_orientierungshilfe_e_mail_verschluesselung.pdf).

5. Google Analytics

Die DSK hat mit Beschluss vom 12.05.2020 Hinweis zum Einsatz von Google Analytics veröffentlicht (https://www.datenschutzkonferenz-online.de/media/dskb/20200526_beschluss_hinweise_zum_einsatz_von_google_analytics.pdf). Dazu listet die DSK eine Reihe obligatorisch zu beachtender Maßnahmen auf.

6. Datenübermittlung in einer Konzernstruktur

Unter <https://diercks-digital-recht.de/wp-content/uploads/2020/05/Diercks-Daten%C3%BCbermittlung-im-Konzern-Diercks-Digital-Recht-Blog-10-Mai-2020.pdf> findet sich ein instruktiver Artikel zum Thema Konzerndatenschutz. Existieren ein oder zwei Tochtergesellschaften (z. B. outgesourcte IT-Abteilung), dann befindet sich ein Unternehmen schon in einer Konzernstruktur wieder.

7. BSI Kompendium Videokonferenzsysteme

Das BSI hat ein „Kompendium Videokonferenzsysteme“ veröffentlicht, das sehr umfassend Anforderungen für einen sicheren und datenschutzkonformen Betrieb von Videokonferenzsystemen im weiteren Sinne darstellt (https://www.bsi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BSI/Cyber-Sicherheit/Themen/Kompendium-Videokonferenzsysteme.pdf;jsessionid=A943457540CCB9AC1C7BF95A31B53711.1_cid500?__blob=publicationFile&v=4).

8. Microsoft beteuert Datenschutzkonformität von Teams und Skype for Business

Microsoft hat eine Stellungnahme zum Vermerk „Berliner Datenschutzbeauftragte zur Durchführung von Videokonferenzen während der Kontaktbeschränkungen“ veröffentlicht und substantiiert auf die Datenschutzkonformität der Videokonferenzsysteme Teams und Skype for Business verwiesen.

9. Zoom datenschutzkonform

Die Uni Münster hat Zoom nach Beheben einiger kritizierter Sicherheitslücken unter die Lupe genommen und ein weitgehend positives Urteil gefällt: https://www.itm.nrw/wp-content/uploads/Rechtsinformati-onsstelle-DigitaleHochschule_Datenschutzrechtlicher-Leitfaden-Zoom-Angebot-durch-Hochschulen-NRW_18-05-20.doc.

10. Tätigkeitsbericht Sachsen-Anhalt

Der LfD hat den Tätigkeitsbericht für 2019 veröffentlicht (https://datenschutz.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Landesaemter/LfD/PDF/binary/Informationen/Veroeffentlichungen/Taetigkeitsberichte/TB_16/16._Taetigkeitsbericht_Datenschutz.pdf).

11. Datenspende-App des RKI problematisch

Die Datenspende-App ist nicht quelloffen, hat Sicherheitsprobleme und bietet Möglichkeiten für Side-Effekte, ... (<https://netzpolitik.org/2020/erste-auswertung-der-datenspende-app-veroeffentlicht/>).

D. Selbsttests/Sonstiges

1. Umgang mit Corona in europäischen und asiatischen Krankenhäusern

Unter https://www.ihf-fih.org/home?event_type=1 finden sich Beiträge aus verschiedenen europäischen und asiatischen Krankenhäusern und deren Umgang und Erfahrungen rund um Corona.

2. Versicherungsschutz bei Fehlern im Home-Office

Fehler mit Schäden im Home-Office Fehler decken Versicherungen nur teilweise ab. Home-Office-Tätigkeiten sollten in Bezug auf Vorab-Meldepflichten geprüft werden.

Keine Haftung für Vollständigkeit und Richtigkeit der Inhalte! Abmeldung des Newsletters jederzeit durch eine Rückmeldung per Email, Post oder Telefon.